

Politisches Engagement: BdSt LV Bremen und Niedersachsen

Dieser Landesverband des Bund der Steuerzahler verfolgt den gleichen, durch das Attac-Urteil sehr eng gefassten Zweck der Förderung des demokratischen Staatswesens, wie der Bundesverband, und wäre daher für eine weitere Betrachtung seiner Gemeinnützigkeitskonformität geeignet. Das Briefing umfasst die Satzung im Wortlaut und Beispiele für die politische Betätigung aus den sozialen Medien, Pressemitteilungen und der Regional-/Lokalpresse.

Pressemitteilungen und Statements

PM BdST Niedersachsen u. Bremen 09.08.23: Celler Ostumgehung – Auf weitere Fahrradbrücke verzichten

Überschaubarer Nutzen kann Kosten nicht rechtfertigen

Mit dem Bau der Celler „Ostumgehung“ entstehen auf Kosten des Bundes zugleich mehrere Brücken, die Radfahrern die Überquerung der Umgehungsstraße ermöglichen und dadurch die Radwegverbindung zwischen Celler Altstadt und dem Ortsteil Altenhagen auch weiterhin sicherstellen. Dennoch möchte die Stadt Celle nun in unmittelbarer Nähe zu den bereits geplanten Brücken zusätzlich noch eine städtische Fahrradbrücke für 1,7 Mio. Euro errichten. Der Bund der Steuerzahler sieht darin eine drohende Steuergeldverschwendung und fordert den Verzicht.

sueddeutsche.de 06.07.23: Land gegen Lindners geplante Steuersenkung für Hauskäufer

Hannover (dpa/lni) - In Niedersachsen gibt es gemischte Reaktionen auf den Vorschlag von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), die Grunderwerbsteuer auf den privaten Kauf von Häusern und Wohnungen abzuschaffen. Die Landesregierung hat mit Blick auf die Steuereinnahmen kein Interesse daran, die Steuer zu senken. Die CDU und der Bund der Steuerzahler sind dagegen für die Änderung. [...]

PM 07.06.23: So viel wie nötig, so wenig wie möglich!

Die im Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs scharf gerügten Förderprogramme sind nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler Paradebeispiele für eine insgesamt verschwenderische Förder- und Subventionspolitik des Landes. Gerade bei Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Klimaschutz geht es in der Politik allzu häufig nur darum, innerhalb kürzester Zeit möglichst hohe Summen öffentlichkeitswirksam auszuschütten. Der Verhinderung von reinen Mitnahmeeffekten wird dabei zu wenig Beachtung geschenkt. „Mit diesem Gebaren verkennen Politik wie Ministerialverwaltung, dass all die unzweckmäßig ausgegebenen Fördergelder den Bürgern, Betrieben und Unternehmen zuvor über Steuerzahlungen entzogen oder bei Schuldenfinanzierung zu einem späteren Zeitpunkt angelastet werden müssen“, beklagt BdSt-Landesvorsitzender Bernhard Zentgraf.

Der Bund der Steuerzahler fordert daher, dass neue Förderprogramme nur noch bei nachgewiesenem Landesinteresse und vorteilhafter Wirtschaftlichkeitsuntersuchung aufgelegt werden dürfen. Bestehende Programme sollten nur noch dann aufgestockt oder verlängert werden dürfen, wenn zuvor die Erreichung der angestrebten Förderziele durch belastbare Erfolgskontrollen bestätigt wurde. [...]

sueddeutsche.de 08.11.22: Wirtschaft und Steuerzahlerbund kritisieren Grundsteuer-Last

Hannover (dpa/Ini) - Die Wirtschaft und der Bund der Steuerzahler in Niedersachsen befürchten, dass eine steigende Grundsteuer-Belastung den inflationsbedingt schon starken finanziellen Druck auf Verbraucher und Unternehmen noch weiter vergrößern könnte. In knapp einem Zehntel der Kommunen im Land habe es seit dem Jahresbeginn eine "im Durchschnitt sehr deutliche" Erhöhung der sogenannten Hebesätze gegeben. Dies teilte der Kammer-Dachverband IHKN am Dienstag in Hannover unter Berufung auf eine eigene Firmenumfrage mit. Und bei der Gewerbesteuer gehe es mancherorts ebenfalls spürbar nach oben. [...]

Ähnlich kritisch äußerte sich das niedersächsische Büro des Steuerzahler-Bundes. "Weitere Verschärfungen bei den Grund- und Gewerbesteuern sind angesichts sprunghaft gestiegener Energiepreise und hoher Inflationsraten nicht verkraftbar", meinte Landeschef Bernhard Zentgraf. Alternativ sollten die Kommunen überlegen, ob sie sämtliche Ausgaben im derzeitigen Umfang noch bräuchten. [...]

TAZ.de 3.11.22: Koalitionsvertrag in Niedersachsen. Mehr Klimaschutz, kaum Begeisterung

Fridays for Future, Grüne Jugend, Polizeigewerkschaft und Steuerzahlerbund: Am Koalitionsvertrag in Niedersachsen findet jeder ein bisschen zu mäkeln. [...]

Am deutlichsten meckern bisher Fridays for Future, Grüne Jugend – und der Bund der Steuerzahler, der eine Umgehung und Aufweichung der Schuldenbremse fürchtet. [...]

T-online.de 19.10.22: Steuerzahlerbund kritisiert Verkehrsprojekt als "unnötiges Spaßprogramm"

[...] Ein weiteres Konzept, das dem Bund der Steuerzahler negativ auffiel: Das viel diskutierte Projekt "Transformatini" an der Martinistraße in Bremens Innenstadt. Das Verkehrsressort von Maike Schaefer (Grüne) hatte im von Juli 2021 bis April 2022 die vielbefahrene vierspurige Straße für verschiedene Verkehrsversuche gesperrt, Aktionswochenenden und weitere Programmpunkte durchgeführt.

Der Bund der Steuerzahler störe sich grundsätzlich nicht an den Verkehrsversuchen, sondern eher am Rahmenkonzept, dass sie als "temporäres, unnötiges Spaßprogramm – finanziert vom Steuerzahler" beanstandeten. [...]

NDR.de 15.10.22: Steuerzahlerbund will Europa-Ministerium wieder abschaffen

Der Bund der Steuerzahler in Niedersachsen hat vor den Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen vor einem Aufblähen der Ministerialverwaltung gewarnt. Vor allem das Europaministerium sieht er kritisch. [...] "Es war offensichtlich, dass der wesentliche Grund für das Ministerium nicht sachlicher Natur, sondern der Parteienproporz war", sagte Zentgraf zur Entstehung des Europaministeriums 2017 unter der bisherigen rot-schwarzen Landesregierung. Jede Partei sollte damals nach Angaben von Zentgraf die gleiche Anzahl an Ministerien erhalten. Dieser Aspekt falle nun allerdings weg, wenn es zu Rot-Grün komme.

NDR.de 12.10.22: Bund der Steuerzahler wünscht sich kleineren Landtag

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) kritisiert den neugewählten Niedersächsischen Landtag als zu groß. Durch Ausgleichs- und Überhangsmandate kommen zu den eigentlich 135 Sitzen elf weitere hinzu.

Die zusätzlichen Abgeordneten ziehen durch sogenannte Ausgleichs- und Überhangmandate in das Parlament in Hannover ein. "Meiner Meinung nach wird die Arbeit, der Parlamentsbetrieb, dadurch nicht effizienter", sagte der BdSt-Landesvorsitzende Bernhard Zentgraf. Um eine weitere Aufblähung des Parlaments zu verhindern sollte aus Sicht des Landeschefs des Steuerzahlerbundes das geltende Wahlrecht überprüft werden. [...]

NDR.de 24.11.22: Steuerzahlerbund: Zuschlag für Landtagsvizepräsidenten kürzen

Der Bund der Steuerzahler hat gefordert, den Zuschlag für Vizepräsidenten zu reduzieren. Er reagierte damit auf einen Bericht des NDR in Niedersachsen über Erweiterungspläne des Landtagspräsidiums.

Statt 40 Prozent solle die Zulage dann künftig 32 Prozent betragen, fordert der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen in einer am Donnerstag verbreiteten Mitteilung. "Wenn die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen die Aufgaben des Präsidiums partout auf mehr Schultern verteilen wollen, dann sollte zwingend die monatliche Zusatzvergütung je Vize entsprechend sinken", hieß es darin. Nach Plänen von SPD, CDU und Grünen soll das Präsidium des Niedersächsischen Landtags künftig [fünf statt vier Stellvertreterposten](#) umfassen. Dafür bedarf es einer Änderung der Geschäftsordnung, worüber in der kommenden Woche im Landtag beraten werden soll. [...]

Gemeinnützigkeit, Zweck und Maßnahmen in der Satzung¹

„§2

Der Verein ist unabhängig und parteipolitisch neutral. Er ist selbstlos tätig. Sein Zweck ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Demgemäß dürfen Mittel des Vereins nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen. Die Mitglieder haben bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Ansprüche auf sein Vermögen.

§3

Zweck des Vereins ist, das demokratische Staatswesen in Deutschland sowie die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem und sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern, indem er beratend oder kontrollierend auf die öffentliche Finanzwirtschaft und auf die Finanzpolitik einwirkt, und indem er die Öffentlichkeit über die finanzpolitischen Zusammenhänge im Sinne staatspolitischer Aufklärung unterrichtet. Dabei verfolgt er zur Wahrnehmung der Belange aller Steuerzahler wie der des allgemeinen Wohls folgende Ziele:

1. Bei der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel müssen die Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet werden.

¹ Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V.: Satzung, 2009, <https://www.steuerzahler.de/landesverbandseite/niedersachsen-bremen/niedersachsen-bremen-impressum/>

2. Die Steuer- und Abgabenlast muss auf das Notwendige begrenzt und gerecht verteilt werden.
3. Gesetzgeber und Verwaltung müssen auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler gebührend Rücksicht nehmen. Der Leistungswille darf nicht beeinträchtigt werden.
4. Die Rechtstaatlichkeit im Abgabenrecht muss gewährleistet sein.
5. Das Steuerrecht muss einfach, übersichtlich und für den Steuerzahler verständlich sein.
6. Die öffentliche Finanzwirtschaft muss sich in die Gesamtwirtschaft einfügen und sich am Ordnungssystem einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft ausrichten.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

1. Erstellung und Veröffentlichung von Gutachten, Stellungnahmen, Eingaben, Presseinformationen,
2. Verteilung von Informationsmaterial,
3. Gespräche mit Vertretern von Behörden und Verbänden, mit Parlamentariern, mit Politikern, mit Journalisten,
4. Mitwirkung bei öffentlichen Anhörungen (hearings),
5. Mitarbeit in öffentlichen Kommissionen,
6. Durchführung von Informationsversammlungen,
7. Teilnahme an Rundfunk- und Fernsehsendungen.